

Timon Gremmels

- (A) gen. Das hat Ihnen kein Bundesgesetzgeber vorgeschrieben. Es lag in Ihrer eigenen Verantwortung. Das haben Sie als Grüne mitgetragen;

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

dann stehen Sie bitte auch dazu. Das war der erste Punkt.

Zweitens. Mein Beispiel aus Hessen: In der Planungsregion, in der wir eine grüne Regierungpräsidentin haben – die einzige in Hessen –, werden am wenigsten Windvorrangflächen ausgewiesen. Auch dafür ist nicht der Bund verantwortlich. Auch dafür sind die Grünen selbst verantwortlich – in Südhessen mit einem grünen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung, und erzählen Sie uns nicht immer, was wir alles noch besser machen müssen!

Wir haben viel zu tun. Wir haben es nicht immer leicht mit unserem Koalitionspartner. Das geht Ihnen ja sicherlich in Hessen und Baden-Württemberg auch so. Aber reden Sie Ihre eigene Verantwortung, die Sie als Grüne in Regierungen haben, nicht klein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

- (B) Das Wort hat der Kollege Karsten Möring für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karsten Möring (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Kollege Gremmels, ich wusste gar nicht, dass Sie mich mit dem Satz: „Wir haben es nicht immer leicht mit unserem Koalitionspartner“, zitiert haben. Das war eigentlich eine Aussage von mir.

(Johann Saathoff [SPD]: Aber er hat recht und Sie nicht! – Heiterkeit bei der SPD)

– Aber es ist ja immer schön, wenn zwei Leute recht haben können.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verbindet die Koalition immerhin noch!)

Jetzt einmal ein paar ernste Bemerkungen, vielleicht zunächst zu Herrn Hilse: Wenn Sie, Herr Hilse, sagen: „Wir akzeptieren, dass es den Klimawandel gibt, und wir akzeptieren auch, dass er sehr problematische Folgen hat“, dann ist doch die Frage, was das für eine Konsequenz haben muss. Die Konsequenz kann doch nur sein, dass das, was wir als menschengemachten Einfluss zusätzlich zur natürlichen Entwicklung – wie groß dieser ist, darüber können wir streiten –

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist aber entscheidend!)

- beitragen, uns dazu verpflichtet, etwas zu tun. Warum akzeptieren Sie nicht, dass wir in diesem Bereich etwas tun müssen? (C)

(Andreas Bleck [AfD]: Es geht um die Verhältnismäßigkeit!)

Da geht es nicht um 0,000x Prozent, sondern es geht darum, dass Maßnahmen nur etwas erreichen können, wenn sie grenzüberschreitend, international, global ergriffen werden. Dazu muss jeder sein Scherflein beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn jeder nach dem Motto „An unserem Wesen kann die Welt sowieso nicht genesen; deswegen können wir ganz ungeniert leben“ handelt, kommen wir zu keinem Ergebnis. Das ist das Problem, mit dem Sie nicht zurecht kommen: Sie sitzen auf der „Titanic“ und glauben, das Schiff ist sicher. Das ist aber nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Regierung und uns Koalitionsfraktionen wird oft vorgeworfen, wir täten nicht genug. Vor allen Dingen die Grünen machen das ja ganz besonders intensiv, aber auch von außen kommt diese Kritik. Ich darf mal daran erinnern, dass wir in den vergangenen Jahren eine Treibhausgasminderung in erheblichem Umfang erreicht haben, dass wir in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang umgesteuert haben. Wir haben bei den erneuerbaren Energien insgesamt so viel Kapazität geschaffen, dass wir den Wegfall der Kernenergie durch Erneuerbare ersetzen können. Das hat anderthalb Jahrzehnte gedauert, (D)

(Marianne Schieder [SPD]: Vor allen Dingen wollten Sie es gar nicht haben!)

und wir werden die nächsten anderthalb Jahrzehnte nutzen, den Bereich der fossilen Energieerzeugung, der Kohle, durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Das geht nicht von heute auf morgen, und das ist der Punkt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Möring, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Abgeordneten Hilse?

Karsten Möring (CDU/CSU):

Das hat sowieso keinen Sinn. Das tut er ja an anderer Stelle.

Kollege Gremmels und auch Kollege Schulze haben ja auf ein paar Punkte hingewiesen und gesagt, dass es begrenzende Faktoren gibt und dass wir die Probleme, die in diesem Zusammenhang entstehen, als gestaltende politische Kraft lösen müssen. Lösen heißt nicht, Forderungen aufzustellen, sondern Lösungen anzubieten.

Es geht darum, dass wir beim Ausbau der Erneuerbaren eben nicht nur auf den Ausbau schauen dürfen, sondern auch dafür sorgen müssen, dass dieser Strom genutzt werden kann. Das muss im Gleichschritt passieren. Wer dazu beitragen kann, der soll dazu beitragen. Das ist in dem einen Fall der eine und im anderen Fall der andere. Es gibt Bürgerinitiativen. Die eine Regierung macht mehr, die andere macht weniger. Das will ich jetzt gar

Karsten Möring

- (A) nicht vertiefen; die Einzelheiten haben wir eben intensiv diskutiert. Schönen Dank dafür, dass das auf den Tisch gekommen ist.

Für uns ist Klimapolitik ein Teil der Nachhaltigkeitspolitik, und Nachhaltigkeitspolitik ist global und nicht nur national. Deshalb muss Klimapolitik auch dafür sorgen, dass wir unsere Industrie und die Arbeitsplätze, die daran hängen, erhalten können.

Das heißt natürlich nicht, dass sie statisch erhalten werden müssen – das ist ein Entwicklungsprozess; das ändert sich auch –; das will ich damit gar nicht sagen. Aber der entscheidende Punkt ist: Wenn wir unsere Aluminiumindustrie wegen zu hoher Strompreise oder fehlender Strommengen kaputtmachen, dann wird Aluminium woanders produziert. Ob das dann für das Klima besser ist oder nicht – dahinter mache ich ein großes Fragezeichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb berücksichtigt unsere Klimapolitik diese Faktoren insgesamt. Wir brauchen einen Strukturwandel; dieser braucht Zeit. Wir müssen Arbeitsplätze sich verändern lassen. Wir müssen Industrie sich entwickeln lassen. Das muss unter einen Hut; das ist der entscheidende Punkt und die Kunst, mit der wir uns beschäftigen müssen.

- (B) Wenn es jetzt darum geht, den Kohlekompromiss umzusetzen, um bei der Defossilisierung der Energieversorgung voranzukommen, dann kann ich nur jeden auffordern, dabei entscheidend mitzuwirken. 2038 ist ein *letzter* Termin. Wenn es uns gelingt, das Ziel vorher zu erreichen, ist es umso besser. Aber so zu tun, dass bis 2038 einfach alles so weiterläuft, ist ja falsch. Es ist darauf hingewiesen worden, dass wir in Kürze mit den ersten Abschaltungen anfangen werden, bis 2030 mindestens 60 Prozent erreichen wollen und diesen Prozess insgesamt begleiten und nachsteuern wollen.

Das alles ist notwendig, und das machen wir. Deswegen können wir sagen: Wir brauchen eine Zusammenschau der klimapolitischen Maßnahmen, die wir, um das Ziel zu erreichen, umsetzen müssen, aber auch um Kollateralschäden zu vermeiden.

Ich will zum Thema CO₂-Bepreisung gar nichts sagen. Das ist ein Instrument, das wir sicher brauchen werden; aber die Lenkungswirkung muss gesichert sein, und das schaffen wir nicht durch einfache Preiserhöhungen. Egal ob wir das über Steuern oder CO₂-Abgaben machen, es muss intelligent gelöst werden, und das ist noch kompliziert genug.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um die notwendige Aufmerksamkeit auch für den letzten Redner in

dieser Debatte. Das Wort hat der Kollege Klaus Mindrup für die SPD-Fraktion. (C)

(Beifall bei der SPD)

Klaus Mindrup (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider gilt nach dieser Debatte der Satz, den ich hier schon mehrfach geäußert habe, immer noch: Jeder hat ein Recht auf eine eigene Meinung, aber niemand hat ein Recht auf eigene Fakten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Fakten sind eindeutig: Wir müssen handeln. Aber die Fakten sind auch rechtlich eindeutig. Viele haben ja ein Bekenntnis zur Europäischen Union abgegeben, und die Europäische Union hat klare Regeln zum Klimaschutz. Und wenn die FDP jetzt den Emissionshandel auf andere Sektoren ausweiten will, dann ist das nichts anderes als ein Programm zur Deindustrialisierung Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Lorenz Gösta Beutin [DIE LINKE])

Das bringt dem Klimaschutz überhaupt nichts. Es wird nur dazu führen, dass Industrieunternehmen aus Deutschland abziehen.

(Dr. Lukas Köhler [FDP]: Das ist Ihre Meinung! Das sind keine Fakten!)

– Auch wenn Sie es mir nicht glauben: Das sind die Äußerungen der energieintensiven Industrien. Das sind die Äußerungen des BDI und der Betriebsräte, weil das System so ist. Sie wollen gleichzeitig den Links- und den Rechtsverkehr in Europa einführen. Das funktioniert nicht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben klare Regeln bis 2030 vereinbart. Was sinnvoll ist, ist, mit der Industrie darüber nachzudenken, wie wir gemeinsam zu einer klimaneutralen Industrie kommen, die auch über das Jahr 2030, 2040 oder 2050 hinaus eine Perspektive hat. Wir müssen das mit den Kolleginnen und Kollegen gemeinsam tun, anstatt hier so einen Nonsens zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regeln der EU sind auch in anderen Bereichen gut.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Nein!)

Schauen Sie sich, wenn Sie über die Ferien mal Zeit haben, das von uns, der SPD, vorgelegte gute Papier für einen sozialen Klimaschutz an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darin steht klar, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben wollen. Wir wollen, dass die Regeln der EU für die erneuerbaren Energien endlich angewandt werden. Millionen Menschen in Deutschland wollen, dass die bürokratischen Regeln für die dezentralen Energien, die dezentrale Photovoltaik, für die Kraft-Wär-